

Saale-Zeitung.

Zweihundertzweiter Jahrgang.

werden die Spalten... 20 Vg. berechnet und in der Geschäftsstelle...

Nr. 521.

Salle a. S., Donnerstag, den 5. November

1908.

Deutsch-französische Dissonanzen.

(Der Zwischenfall von Casablanca.)

Wie offiziös mitgeteilt wird, will für die Bülow den Ausbruch des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten einberufen...

Der durch die eilige Zurückhaltung der französischen Regierung nur noch komplizierter gewordene Zwischenfall von Casablanca.

Wir haben vor einigen Tagen schon darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Regelung des Zwischenfalls von Casablanca noch immer nicht...

Casablanca und kritischer scharf den deutschen Standpunkt, monach vor einer schiedsgerichtlichen Entscheidung über die Rechtsfrage Frankreich für die gegen den deutschen Konsulatsbeamten verübte Gewalt das Bedauern ausdrücken...

Was ist ein Tafel, also ein Tafel der inneren Disziplin im Vergleich zu den Entschuldigungen, die Frankreich einem fremden Staat ausdrücken soll? Gewiß, wenn — wie unumgänglich es auch sei — ein Schiedsgericht sich gegen die französische Auffassung aussprechen sollte...

Es ist so gut wie sicher, daß der Waisfänger in Berlin, David J. Hill, zum Staatssekretär des russischen Kabinetts ernannt werden wird.

Der Waisfänger konzentrierte sich in New York gestern abend und nachts wie gewöhnlich auf dem Printing Square, dem großen Platz vor der Broadway-Büchse...

Roosevelts Nachfolger ist kein Schmächtling. Der Name William D. Taft hat guten Klang in der Union, wie schon der des Vaters Alphonse, der unter Grant Justiz- und Kriegsminister war...

Die Wahl Tafts.

Aus New York wird unterm 4. d. M. 3 Uhr früh gemeldet:

Die Wahlbetätigung war gestern in allen Teilen eine sehr lebhafte, wozu in erheblichem Maße ungewisselt das schöne Wetter beitrug; die klare Herbstsonne lockte viele ländliche Wähler...

Die englische Debatte über die Präsidentenwahl.

London, 4. Nov. Die englische Presse begrüßt die Wahl des Präsidenten Taft mit hoher Freude. Im Leitartikel der Times wird ausgeführt, daß Tafts Wahl ein Gewinn für England sei...

W Newport, 4. Nov. (8 Uhr morgens.) Nach den letzten Befragungen sind bisher für Taft 298 Elektorstimmen abgegeben; 13 sind noch zweifelhaft.

Senilleton.

Unterhaltungsbblatt. Der Stärkere. Roman von Maximilian Bittner. (Fortsetzung.) — Der moralische Mut. Humoreske von Arthur Brentanos. — Wante Zeitung: Aus Briefen Kieffes. Ein Jubiläum der Gynasienhemden. — Literatur.

Zweck und Ziele der ethischen Erziehung.)

Von Felix Adler, Professor für angewandte Ethik an der Universität Columbia (N. Y.)

(Nachdruck verboten.)

In allen zivilisierten Ländern bringt man der Frage der ethischen Erziehung ein stets wachsendes Interesse entgegen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: die Humanität von heute widmet sich mit ganzem Ernst der Aufgabe...

Die Bemühung für ethische Erziehung ist aus dem doppelten Bedenken hervorgegangen, das Sozialproblem und Individualproblem lösen zu helfen, d. h. die treibenden inneren Kräfte in der Umwandlung unehrlicher Sitten in die rechte Bahn zu leiten und andererseits dem Einzelnen in der schwelgenden Flut des modernen Lebens einen festen Boden unter die Füße zu geben und ihm Mut zu machen, in der verumtörten Menge der ihn umgebenden Erscheinungen sich selbst zu behaupten.

Die Ethik ist nicht ein Bruchteil unserer Lebensführung, sondern sie hat unser ganzes Leben zu beherrsigen. Mithin muß auch die ethische Erziehung die ganze menschliche Lebensführung in allen ihren Teilen umfassen. Der Endzweck der Moral ist nicht ein Zweck neben und unter anderen Lebenszwecken, wie der der Wissenschaft, der Kunst, der materiellen Bereicherung, des Vergnügens usw., sondern er ist der Endzweck schlechthin. Die ethische Wissenschaft stellt und fällt mit dem Glauben, daß ein höchster Zweck vor allem nötig ist. Wenn dem so ist, so ist es klar, daß eine wahrhaft ethische Erziehung ihre Böttlinge immer wieder an diesen souveränen Endzweck erinnern und sie anleiten muß...

Die ganze Natur des Menschen ist ethisch veranlagt; daher genügt es wahrhaftig nicht, ihm einige Tugenden des sozialen Verkehrs anzudeutieren, nein, sein ganzes Wesen muß ethisch durchdrungen werden.

Von einer Erziehung der Erwachsenen wird überhaupt bisher leider viel zu wenig die Rede; der Wahn, daß ethische Erziehung nur Schulaufgabe sei, ist noch weit verbreitet. Nun gilt es, immer intensiver das Volk und die Völker darüber zu belehren, daß das ganze Leben des Menschen, wenn es nicht verkehrt sein soll, ein Erzeugenwerden und eine Selbst-erziehung sein muß, und daß keine patentierte Panacee erfunden werden ist und erfunden werden soll, die uns der Arbeiten, Mühen und Kämpfe, die mit diesem wichtigen Werke verbunden sind, überhebt.

Zum Schluß noch einige Sätze über Ethisierung der Schulerziehung. Es ist dringend zu wünschen,

1. daß der Selbstverwirklichung und Selbstverehrung mehr Raum gegeben werde in unserer Schulpädagogik, d. h. daß den Schülern mehr Gelegenheit geboten werde, sich gegenseitig zu erziehen und zu unterrichten; das peinliche Bevormundungssystem der alten Pädagogik paßt nicht mehr für

den modernen Menschen; es bindet viele edle in der Jugend liegende pädagogische Kräfte, fördert Mißtrauen, Unaufrichtigkeit und Unselbständigkeit;

2. daß in den Schülern das Gefühl der Verantwortlichkeit gefördert werde, und zwar nicht nur gegeneinander, sondern auch gegen die Person des Lehrers. Es muß ihnen klargemacht werden, daß ein Erzieher seine Pflichten und Kräfte zu entfalten und sein Bestes herauszugeben nur dann imstande ist, wenn ihm die Schüler mehr als äußere Hochachtung, nämlich ungeheuerliche Wertschätzung entgegenbringen;

3. daß die Böttlinge zur praktischen Teilnahme an den Werken sozialer Fürsorge, zum Beispiel zum Besuche von armen Familien, von Kranken, Gefangenen und anderen Unglücklichen ermuntert und angeleitet werden; die Not der Mitmenschen anzusehen und anzufassen, bringt oft keinen arbeitsfähigen Genuß, dafür desto mehr ethischen Gewinn;

4. daß nicht vom Staate verlangt werde, er solle direkten Moralunterricht erteilen lassen (wie z. B. in Frankreich); bei der gegenwärtigen, ja auch beim zukünftigen Organisation des staatlichen Unterrichtes würde doch nur ein sehr formaler und mechanischer Betrieb daraus werden. Die vom Staat geleitete Schule kann überaus tief eingreifen in die moralische Entwicklung der Schüler. Es kann die Schule unendlich wichtiges in dieser Hinsicht leisten, eben durch den Geist, der in ihr weht, durch den Zweck, der als letztes Endziel aller Erziehung den Lehrern bei ihrer Arbeit vorsteht. Es können auch, namentlich in den höheren Schulen, die ethischen Klassiker vorgeführt werden und zum Genuß und als ethisches verbindlichstimmigen Studium gemacht werden. Wie etwa die Psychologie des Platon, Auszüge aus den Werken der großen Stoiker, die Anfängen von Aristoteles, Kant und Emerson über die Freundschaft, durch ausreichende Exzerpte aus ihren Werken belegt und dergleichen mehr. In dem der Schüler den Gebankengängen der großen Meister auf diesem Gebiete folgen lernen, schärft sich sein eigenes Urteil in ethischen Fragen, verfeinert sich sein ethisches Taktgefühl, wird er mit einem Worte der ethischen Bildung teilhaftig, ohne daß doch eine bestimmte Weltanschauung im Kreis einer heftigen ethischen Doktrin ihm aufzuerzählen würde.

5. daß der ethische Wert der vom Staate systematisch zu fördernden Körperkultur (Hygiene und Gymnastik) nicht corruptio optimi pessima!

Wir entnehmen diese Ausführungen des berühmten amerikanischen Ethikers, der als dritter Vizepräsident dieser Tage an der Berliner Universitätsfeier die Antrittsrede hielt, aus dem von der neuesten Nummer der Wochenchrift „Allgemeine Zeitung“ (München), D. Neb.

W. Neuner, 4. Nov. Nach bisherigen Schätzungen ist die Wahlkarte mit 1 091 000 Stimmen erfolgt. Roosevelt überbrachte Zeit ein herzliches Glückwunschtelegramm. Zeit dankte hierfür und betonte, die Wahl bedeute einen Triumph für die Geschäftsführung Roosevelts.

W. Neuner, 4. Nov. Bei der Präsidentschaftswahl haben die Südstaaten geschlossen für Bryan gestimmt.

Deutsches Reich.

Sozial- und Personalnachrichten.

* Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Die Erkrankung des Staatssekretärs v. Sölvén ist lediglich eine Folge ganz ungewöhnlicher Überbürdung im Zusammenhang mit einem Leiden, das nach einem in St. Petersburg überlieferten Gelenkrheumatismus zurückzuführen zu sein scheint. Die Besserung im Befinden des Staatssekretärs schreitet vorwärts. Er hatte in diesen Tagen in seiner Wohnung Unterredungen mit dem französischen Botschafter.

Reichstag werde hort!

(Der Reichstag und der Kaiser.)

Der freikons. Abg. v. Zedlitz sagt in der „N. Fr. Presse“:

„Es wird sich auch kaum vermeiden lassen, diesmal im Reichstage die Krone in die Debatte zu ziehen. In zweiten Kreise unseres Volkes hat gerade die Mitteilung über den Feldzugsplan gegen die Buren — und vielleicht eben diese Enttäuung mehr als alle anderen — Kopfschütteln und Erregung hervorgerufen, die in den Aeußerungen der Volksvertreter zum Ausdruck kommen wird. Vermutlich wird man sich bei der Kritik der Handlungsmasse des Kaisers auf den früheren Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem berufen, der in ähnlichen Fällen, wie sie sich ja schon ereignet haben, eine Erörterung des Verhaltens der Krone zugelassen hat, wenn die betreffenden Worte oder Taten offiziell bekannt gegeben waren. Nun hat diesmal die „Nordd. Allg. Ztg.“ an der Spitze des Blattes, also nahezu in amtlicher Form, von einem Schritte des Kaisers Kunde gegeben, und damit wäre jene Voraussetzung vorhanden, welche Graf Ballestrem gefordert hat.“

Herr v. Kiderlen-Wächter.

Herr v. Kiderlen-Wächter, der jetzt zunächst in Vertretung des Herrn v. Schoen die Leitung des Auswärtigen Amtes übernimmt, stammt aus Stuttgart und kam 1879 ins Auswärtige Amt. Seine Name wurde in der großen Öffentlichkeit zum erstenmal anfänglich der bekannten „Kladderadatsch“-Affäre genannt. Herr v. Kiderlen wurde unter dem Spitznamen „Spägel“, von „Kladderadatsch“ sehr angegriffen (die andere „Kladderadatsch“-Figur, der „Außenfreund“, war bekanntlich Herr v. Holstein) und buellerte sich mit dem „Kladderadatsch“-Redakteur Volkoff. Herr v. Kiderlen-Wächter wurde erst zur Botschaft in Petersburg und 1884 zur Botschaft in Konstantinopel versetzt. Im Jahre 1888 wurde er Vortragender Rat im Auswärtigen Amt und der Kaiser ernannte ihn zum Minister des Kaiserlichen Hofes. 1895 kam er als Gesandter nach Hamburg, schon ein Jahr darauf als Gesandter nach Kopenhagen, und er schien hohen Ehren entgegenzugehen, als er plötzlich, privat angelegenheiten halber, in Ungnade fiel und nach Bukarest versetzt wurde. Dort war er seit dem Jahre 1900 und galt für ziemlich verhasst, bis er dann im vorigen Jahre wieder emporstieg und während der Haager Konferenz mit der Vertretung des Freiherrn v. Marschall in Konstantinopel betraut wurde. Auch in diesem Sommer vertrat er den Botschafter, und er schien somit — für spätere Eventualitäten — als Nachfolger des Freiherrn v. Marschall bestimmt. Durch die Berufung des Herrn v. Kiderlen-Wächter nach Berlin ist Freiherr v. Marschall vorläufig an Konstantinopel gesetzt.

Angedachte frühere Aeußerungen des Kaisers.

Der Berliner Korrespondent der „Times“ berichtet über angebliche Aeußerungen, die Kaiser Wilhelm im Sommer 1907 in Kiel einem französischen Politiker gegenüber gemacht habe. Zwei Gefahren, hätte der Kaiser gesagt, verlangen die Einheit unter den europäischen Mächten: die gelbe Gefahr und die amerikanische wirtschaftliche Gefahr. Man habe seine Warnungen vor der gelben Gefahr vor einigen Jahren als verrückt betrachtet und jetzt seien in Kiel zwei japanische Kriegsschiffe, die besten, die es gebe.

Ein Reichspetroleummonopol?

* Immer wieder ist in den letzten Monaten der Gedanke eines Reichspetroleummonopols aufgetaucht. Was diesen Gedanken von vornherein sympathisch macht, ist die Tatsache, daß die amerikanische Standard Oil Company zurzeit bereits ein Petroleummonopol besitzt. Die Kapitalassoziation der letzten Jahre, die Verbote privater Antontanen, die Einführung fremder Oele und andere Maßnahmen mehr vermochten nicht des Standard Trust zu brechen. — Das Staatsmonopol würde hierin sicherlich Wandel schaffen und die Standard Oil Company mindestens zur Ketten-Verwaltung müßiger Preisstöße zwingen. Außerdem würde nach Berechnungen, die Dr. Paul Schwarz in einer Broschüre anstellt, aus dem Monopol für das Reich sich ein Reingewinn von rund 70 Millionen Mark ergeben. — Daß von der Standard Oil Company mit einer Bonifikation des Reichslands beantwortet werden würde, ist nicht wahrscheinlich. Denn die richtige Delimitation der „Standard“ ist so sehr auf das deutsche Absatzgebiet angewiesen, daß die Gesellschaft lieber ihre Preise etwas reduzieren würde, als sich in die Gefahr begibt, in den zurückgebliebenen Mengen des eigenen Oeles zu ertrinken. In einer Enquete, die die deutsche Regierung demnächst veranstalten will, sollen sowohl europäische Sachverständige als auch Vertreter der Standard gehört werden. Damit es hier nicht zu einer Beeinträchtigung der Resultate kommt, macht der genannte Dr. Schwarz den immerhin diskutablen Vorschlag, die beiden Gruppen getrennt zu hören. — Beachtenswert auch sind die folgenden Schlusssätze seiner Broschüre:

„Möge zeitig der Staat sich bemühen, daß er, wenn er sich für die Einführung des Monopols entscheidet, wirklich die Rolle eines großzügigen Kaufmannes, nicht eines Bureau-

kraten zu spielen hat. Nur durch Großzügigkeit sind die Amerikern von Erfolg zu Erfolg geführt. Von ihnen hat man zu lernen, was auch an Stelle ihrer Rücksichtslosigkeit, die ihnen allein zugute kam, heute das Wohl der Staatskasse, verbunden mit dem Wohl der Allgemeinheit treten wird.“

Schule.

* Wauen i. Vogtl., 4. Nov. Nach der „N. Vogtl. Ztg.“ hat der Kirchenvorstand der Zuhergemeinde folgende Erklärung angenommen: „Der Zuhertendenzvorstand kann, zumal diese Verfügungen zurzeit nur aus Versehen, nicht aber in vollen Ausführungen bekannt sind, in einer offenen Stellungnahme gegen die Zwidauer Lehrerverammlung nicht das geeignete Mittel erblicken, um diese für das religiöse Leben unseres herannahenden Geschlechtes so überaus wichtige Frage ihrer gewiß dringenden Lösung näher zu führen.“ — Öffentlich erhält die Dresdener Dr. Hobozie, von der jene Protesterklärung ausging, noch recht viele solcher Antworten.

Heer und Flotte.

Das österreichische Motorpost.

* In Nr. 14 des österr. Armeeblasses sind die nachfolgenden, jetzt in Kraft getretenen Bestimmungen enthalten: Das k. k. Freiwilligen-Motorpostkorps besteht aus dem k. k. Freiwilligen-Automobilkorps und dem k. k. Motorpostkorps. Es dient zur Unterstützung der Armee im Felde und bildet dann einen Bestandteil der Wehrmacht. Der Chef wird vom Kaiser ernannt. Von den Übungen leisten die Freiwilligen in der Regel wenigstens eine in der Front, die übrigen im Korps. — Das Automobilkorps besteht aus dem Kommandanten, seinem Stellvertreter und den Mitgliefern. Ersterer werden vom Reichsriegsminister ernannt, letztere müssen österreichisch-ungarische Staatsbürger sein, ein Automobil von 16 Pferdekräften und einen Fahrschein besitzen. Alle müssen sich verpflichten, im Kriege, wo sie wie ihre Diener und Chauffeure der Militärstraf- und Disziplinarbestrafung unterworfen sind, unbefristet, im Frieden binnen vier aufeinander folgenden Jahren bis zu drei Dienststellungen, jede von höchstens zehn Tagen, zu machen und dabei den zuständigen Kommandostellen unbedingt zu gehören. Ihre Felduniform besteht aus blauer Krage, blauen, hüftlangen Hosen mit grauem Mantel; sie tragen einen gelben Gehkittel mit braunen Ärmeln, Karabiner und am Riemen über der rechten Schulter eine Wirtel zur Salomonin gehören lange blaue Hosen mit grauen Knöpfen und Deggen, für Offiziere Säbel. Die Gehkittel bestrichen im Frieden täglich einhundertmal, im Kriege das betreffende Dienstgrad ab monatlich 100 Kronen, zur Feldausrüstung 1000 Kronen. — Für das Motorpostkorps gelten im wesentlichen die obigen Bestimmungen, doch sind in den einzelnen Militär-Territorialbereichen die Mitglieder in Gruppen unter besonderen vom Korpskommandanten zu ernennenden Kommandanten vereinigt. Uniform usw. entsprechen im allgemeinen den obigen, doch ist das Grundloz bestrichen. Jeder mit Motorrad einrückende Freiwillige erhält täglich 6 Kronen.

Ausland.

Eine Debatte über die Todesstrafe.

Aus Paris meldet man dem „M. T. Z.“: Die Deputiertenkammer verhandelte gestern vormittag über die Todesstrafe. Wilhelm (Sozialist) forderte unter Beifall auf der äußersten Linken ihre Abschaffung, während Berry (konservativ) im Interesse der Sicherheit der Gesellschaft für ihre Beibehaltung eintrat.

König Peters Abdankungspläne.

Wie aus Belgrad von zukünftiger Seite mitgeteilt wird, ist die Meldung auswärtiger Blätter, daß die Reise des Kronprinzen nach Serbien nach Petersburg und Abdankungspläne seines Vaters im Zusammenhang stünde, völlig aus der Luft gegriffen. Die Mission des Kronprinzen sehe vielmehr im Zusammenhang mit der den Signatarmächten des Berliner Vertrages zugesellten Note der serbischen Regierung vom 7. Oktober. König Peter habe niemals die Absicht gehabt, abzutreten, am allerwenigsten habe er sie im gegenwärtigen Augenblick.

Deutscher Reichstag.

(153. Sitzung: Mittwoch, den 4. November.)

Am Bundesratsitz: Zahlreiche Kommissare.

Haus und Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung sehr stark besetzt. Im Hause herrscht bei Beginn der Sitzung, der ersten nach den Ferien, eine ganz außergewöhnliche Erregung. Das Haus war sehr fast besetzt und sowohl im Sitzungssaal wie in der Wandelhalle war man ständig wechselnde Gruppen im eifrigsten Gespräch. Außer der nationalen Liberalen Interpellation ist bis heute nur eine Interpellation der freireligiösen Fraktionsgemeinschaft über denselben Gegenstand eingegangen, ferner eine sozialdemokratische Interpellation und eine konservative Interpellation der Abgeordneten v. Normann und Genossen, die sich ebenfalls mit der Veröffentlichung im „Dail Telegraph“ beschäftigen. Die politische Situation wird im Reichstage im allgemeinen nicht ohne Bedenken angesehen. Was man zu tun denkt, darüber sind sich die Fraktionen noch nicht ganz klar. Einigkeit herrscht nur darüber, und zwar anscheinend bei allen Parteien, daß irgend etwas geschehen müsse, um einer Wiederholung von Vorkommnissen, wie der eben erwähnten, vorzubeugen oder sie zu verhindern. — Über die freireligiöse Interpellation vor dem Plenum vertreten wird, ist noch nicht bekannt. Die große Frage ist, wann diese Interpellationen den Reichstag beschäftigen werden. In der Wandelhalle wurde behauptet, daß kaum Aussicht sei, sie vor Freitag auf die Tagesordnung zu bringen; von anderer Seite wird sogar behauptet, sie würden erst Sonnabend oder gar erst Montag zur Debatte gestellt werden.

Präsident Graf Stolberg

eröffnet die Sitzung 2 Uhr 25 Min. Er macht Mitteilung vom Eingang des Beilegtensurteils und der Finanzreformvorlagen, deren Drucklegung nach Möglichkeit beschleunigt werden wird, und läßt dann durch den amtierenden Schriftführer die heute eingebrachten Interpellationen verlesen. Die Interpellation Wassermann über die politische Lage befindet sich bereits in den Händen der Mitglieder.

Weiter sind eingegangen:

Interpellation Graf Hompesch und Gen. (Ztr.) über Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit, eine Inter-

pellation Graf Hompesch u. Gen. (Ztr.) über schwarze Listen gegen Arbeiter und Privatangehörige, eine

Interpellation Dr. Ablaß und Gen. (liberale Fraktionsgemeinschaft):

Durch die Veröffentlichung von Aeußerungen des deutschen Kaisers im „Dail Telegraph“ und durch die von dem „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit Tadel ausgemerkte auswärtige Aeußerungen befindet sich in der Verhandlung auf die Beziehungen des Deutschen Reiches und geeignet für, Mächten ungünstig einzuräumen. Was gebietet der Herr Reichstagspräsident zu tun, um Absicht zu schaffen und die ihm Verantwortlichkeit im vollen Umfange zur Geltung zu bringen?

Interpellation der Sozialdemokraten:

Was gebietet der Herr Reichstagspräsident zu tun, um Forderungen zu verhindern, wie sie durch die Mitteilungen des „Dail Telegraph“ über Handlungen und Aeußerungen des deutschen Kaisers bekannt geworden sind?

Der Präsident macht sodann weiter Mitteilung von einem Erlaß und Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Zimmermann (Rep.) wegen Privatbeleidigung. Das Schreiben geht an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Das Haus ehrt das Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder der durch Erbesen von den Fraktionen. Es ist das der bisherige Alterspräsident v. Winterfeldt (kons.), v. Kaufmann (nl.), Erhardt (Soz.) und v. Gersdorff (kons.).

Vom Abg. Held (nl.)

ist ein Schreiben eingegangen, in dem er um Verlängerung seines Urlaubs bis zu den Weihnachtsferien bittet. Auf Grund des bestimmten Urteils des Schöffengerichts Hannover in seinem Privatlebensverfahren hat die Einleitung eines Strafverfahrens gegen sich selbst beantragt; diese ist wegen Verjährung abgelehnt worden. Abg. Held legt Vernehmung ein gegen dieses ungewöhnliche, ihn aus schwerer schädigende Verfahren und wünscht bis zu seiner Rehabilitierung von der Ausübung seines Mandats entbunden zu sein.

Der Präsident will in die Tagesordnung eintreten lassen. Petitionsberichte.

Abg. Rüst Hoffeld (Rp.):

Ich möchte vorhändigen, zunächst diejenigen Petitionen zu erledigen, zu denen keine Vorrede vorliegt, dann aber die Sitzung zu vertragen, um den Fraktionen Zeit zu lassen, angesichts der politischen Lage sich zu beraten. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.)

widerpricht. Im Falle ist abweisend der Eindruck, daß das verfassungsmäßige Petitionsrecht ihm verweigert wird. Hier ist gerade ein Bedürfnis, diejenigen Petitionen zu erledigen, zu denen man zu sprechen beabsichtigt. Rüst Hoffeld scheint zu glauben, daß ein großer Teil des Hauses nach der Sammlung bedarf und sich mit anderen Arbeiten, als den Vorkämen, die demnächst hier zur Sprache kommen werden, nicht beschäftigen darf. Zu Petitionsberatungen wird in der nächsten Zeit abgesehen keine Gelegenheit sein.

Abg. Wassermann (nl.):

Man könnte an und für sich dem Antrag des Herrn Hoffeld beitreten, da seine Fraktion den Wunsch hat, daß die Beratungen über die politische Lage fortgesetzt werden. Aber auch die Gründe des Abg. Singer scheinen mir richtig. Auch ich bin der Ansicht, daß die Petitionen im Reichstage nicht sehr gut wegkommen. Wir sind mit anderen Beratungen so beschäftigt, daß wir dazu zu wenig Zeit haben.

Präsident Graf Stolberg:

Auch ich möchte vorhändigen, erst die Petitionen zu erledigen, zu denen Wortmeldungen nicht vorliegen.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.):

schließt sich dem Präsidenten an.

Abg. Dr. Urendt (freikons.):

Es scheint uns in seiner Weise an Interesse für die Petitionen (Lachen bei den Soz.). Die Fraktionen konnten sich mit den Petitionen noch nicht befassen, da sie zunächst die wichtigsten politischen Ereignisse besprechen mußten.

Abg. Singer (Soz.):

Wenn die Herren jetzt lo erwidert sind, so verstehe ich das nicht recht. Die besondere Aufregung kann sich doch nur auf die beziehen, die in den jetzigen Vorkämen etwas Außergewöhnliches erblicken. Das ganze Sachverhalt doch in Deutschland gang und gäbe.

Das Haus beschließt, zunächst diejenigen Petitionen zu erledigen, zu denen Wortmeldungen nicht vorliegen.

Als Material werden überlesen eine Eingabe des Kaufmannsgerichts zu Frankfurt a. M. um Schaffung eines Reichskaufmannsgerichts; die Vorschläge des Vorstandes der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer auf Veränderung des Reichsbankgesetzes aus Anlaß der Diskontpolitik der Reichsbank; die Petition des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands auf Veränderung des § 915 der Zivilprozessordnung wegen Mitteilung der Mandatsentfalle an die Handels- und Gewerbe-Kammern sowie sonstige kaufmännischen und gewerblichen Korporationen, auf deren Ersuchen im Interesse des Kredits; die Bitte des Verbandes deutscher Wohnunternehmer um Ausziehung der Interessenten bei Festlegung von Zuträgen für Prokuren, und Erlaß der Prokurenordnungen; eine Eingabe aus Breslau, in der zurhebung der Gültigkeit eine scharfe Kontrolle der Schlafstellenvermieter, der Verkauf unfittlicher Literatur und schmutziger Bilder und völlige Sonntagruhe zur Ermöglichung des Besuchs des Gottesdienstes für das Personal verlangt wird; schließlich eine Eingabe auf Veränderung des Brauereigesetzes behufs Zulassung der Maßbrauereien.

Zur Erwägung werden überlesen die Eingaben der Wirts- und Gastwirtschaftenverbände auf Einführung der württembergischen Maßregeln des Wirtes für das ganze Deutsche Reich, sowie des Gemeinderates der Gemeinde Bant bei Wilhelmshaven auf Ausziehung der Beschäftigten ausländischer Arbeiter bei allen aus Reichsmitteln bezahlten Arbeiten.

Zur Berücksichtigung werden überlesen die Eingabe des Vereins deutscher Maschinenfabriken auf Freigabe des Verzeichnisses von Arbeitern mit Gewerbebesitzungsarten durch Reichsstatistik und eine Petition des Verbandes kaufmännischer Frankfurter Deutschlands um Erhöhung der Grenze der Versicherungspflicht auf zehn Mark für den Arbeitstag, beziehungsweise dreizehn Mark für das Jahr. Eine Reihe von Eingaben des deutschen nationalen Handlungsgesellschaften usw., die sich auf den Ausbau der Sozialreform im Handelsverkehr beziehen, wird zum Teil als Material, zum Teil zur Berücksichtigung überlesen.

